

Rede von Herrn Landrat Lothar Wölfle zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans 2016 im Kreistag des Bodenseekreises am 17. November 2015

Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushaltsplan 2016 steht unter dem Motto „es ist alles anders“. Schon äußerlich sieht der Haushalt völlig anders aus als das, was wir alle miteinander gewohnt sind: Wir legen Ihnen erstmals einen doppischen Haushalt vor, einen Haushalt also, der nach den Regeln des NKHR, des „Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen“ erstellt ist. Vor allem ist der Haushalt aber deswegen ganz anders, weil er durch die politische Lage in Deutschland, konkret durch die Flüchtlingsproblematik in großen Teilen geprägt und dominiert ist.

Lassen Sie mich deshalb mit diesem wohl wichtigsten Haushaltsthema beginnen. Der ungebremsste Zustrom von Flüchtlingen aus den Krisengebieten Vorderasiens und des nördlichen Afrika stellt uns alle auf der Bundes-, der Landes- und der kommunalen Ebene vor immense Herausforderungen. Während aber die deutsche Politik diese Herausforderung annimmt, halten sich viele europäische Staaten aus dem Problem heraus. Es ist schon Zynismus pur, wenn Politiker europäischer Staaten behaupten, dass die Flüchtlinge ein deutsches Problem seien. Die Menschen fliehen, weil sie ihres Lebens nicht sicher sind vor den Angriffen eines Islamischen Staates in Syrien oder vor den Terroristen von Boko Haram in Nigeria. Und statt den Menschen Zuflucht zu geben, glauben Regierungen in Europa, das Thema allein nach Deutschland abschieben zu können. Wenn so mit den Werten des christlichen Abendlandes, der freiheitlichen Ordnung in Europa umgegangen wird, dann stellt sich für mich die Europäische Union langsam selber in Frage. Wir müssen die Bundesregierung in ihrem Bemühen unterstützen, die europäischen Nachbarn endlich an ihre Mitverantwortung zu erinnern.

Es ist aber nicht zu übersehen, dass auch innerhalb von Deutschland manches besser laufen könnte. Es dauert nach wie vor zu lange, bis die politischen Willenserklärungen auf Bundes- und Landesebene in die Tat umgesetzt werden. Noch immer ist der Prozentsatz von Flüchtlingen aus sicheren Drittstaaten, die im Bodenseekreis leben, zu hoch. Es stimmt auch nicht, dass der Prozentsatz bei den Neuankömmlingen deutlich niedriger wäre. Im Oktober betrug er im Bodenseekreis immer noch 28 %. Die Zahlen zeigen, dass die Rückführung von Flüchtlingen, die erkennbar kein Bleiberecht in Deutschland haben, immer noch nicht richtig funktioniert. Noch immer dauert es zu lange, bis Flüchtlinge registriert werden und ihren Asylantrag gestellt haben. Aber es ist doch immerhin erkennbar, dass die von Bund und Land ergriffenen Maßnahmen langsam greifen, sodass ich hoffe, dass sich das langsam einpendelt.

Bei uns im Bodenseekreis haben wir die Lage derzeit einigermaßen im Griff. Ich möchte an dieser Stelle meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein riesiges Kompliment aussprechen. Ich höre an keiner Stelle: „das geht nicht“. Sie alle sind unermüdlich im Einsatz, um diese Herkulesaufgabe zu schaffen. Der Katastrophenschutz kümmert sich um die Notunterkünfte, das Bau- und Liegenschaftsamt um die Neu- und Umbauten, das Sozialamt um die Betreuung und, und, und. Vielen Dank dafür! Ich will aber auch den unzähligen ehrenamtlichen Helfern im Landkreis ein herzliches Dankeschön aussprechen. Es ist geradezu unglaublich, wie viele Menschen sich engagieren und mit wie viel Einsatz und Ausdauer immer neue Ideen entwickelt werden, was man besser und effektiver gestalten kann. Vielleicht ist die größte Chance der derzeitigen Lage die, dass wir als Gesellschaft wieder enger zusammen-

wachsen und spüren, dass wir im Miteinander ungeahnte Kräfte entwickeln. Wenn wir so zusammenstehen, dann werden wir diese Aufgabe auch in Zukunft meistern.

Trotzdem gibt es leider auch andere Beispiele. So hat uns kürzlich ein privater Vermieter eine größere Immobilie angeboten, in der wir bis zu 250 Menschen unterbringen könnten. Ein anderer Mieter in dem Areal hat nun aber gegenüber diesem Vermieter Schadensersatzforderungen angedroht. Es sei ihm nicht zuzumuten, seinen Betrieb neben Flüchtlingen aufrechtzuerhalten. Wir sollten doch die gemeindliche Turnhalle belegen, dort sei außer Faschnachtsveranstaltungen ja sowieso nichts los. Offenbar hat noch nicht jeder verstanden, dass wir alle bereit sein müssen, gewisse Einschränkungen für eine gewisse Zeit zu akzeptieren. Das Thema Flucht ist keines, das im Fernsehen irgendwo auf der Welt stattfindet, es befindet sich direkt vor unserer Haustür.

Eines muss aber immer wieder klargemacht werden, meine Damen und Herren: uns wird die Problematik auf Jahre hinaus beschäftigen. Im Moment steht nur das Thema „Dach über dem Kopf“ im Vordergrund. Die Menschen, die nicht aus sicheren Drittstaaten kommen, werden nach meiner Einschätzung zum überwiegenden Teil für Jahre, wenn nicht auf Dauer bei uns bleiben. Deren Integration kann nur gelingen, wenn diese Menschen möglichst schnell die deutsche Sprache als Schlüsselqualifikation erlernen. Das heißt, dass wir uns verstärkt um die Sprachförderung, die Integration in Schulen und Arbeitsmarkt und auch in Vereine und Organisationen kümmern müssen. Und in einer Region wie der unseren, wo auch ohne Flüchtlinge die Bevölkerung wächst, müssen wir möglichst rasch bezahlbaren Wohnraum schaffen, um nicht diejenigen unter uns, die sich schon bisher schwer getan haben, eine passende Wohnung zu finden, gegen die Bedürfnisse der Flüchtlinge auszuspielen. Wir haben in einer Arbeitsgruppe nach der ersten Asylkonferenz zu Beginn dieses Jahres eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, wie so etwas gehen kann. Ich schlage vor, dass der Landkreis für eine musterhafte Planung die notwendigen Planungskosten übernimmt, damit die in der Arbeitsgruppe entwickelten Ideen einmal modellhaft umgesetzt werden können. Ein entsprechender Betrag von 100.000 Euro ist im Gesamtbudget Asyl enthalten. Mit zwei Gemeinden sind wir schon in konkreten Gesprächen für entsprechende Grundstücke. Das könnte auch für die Städte und Gemeinden im Landkreis eine Chance sein. Denn mit der vorläufigen Unterbringung durch den Landkreis ist die Aufgabe ja noch nicht bewältigt. Man muss immer sehen, dass danach die Anschlussunterbringung in Zuständigkeit der Gemeinden kommt.

Aber nun noch etwas konkreter zum Haushalt: insgesamt sieht der Entwurf für das kommende Jahr nicht gedeckte Ausgaben im Asylbereich von rund acht Mio. Euro vor, die wir aus kreiseigenen Mitteln aufbringen müssen. Außerdem finanzieren wir aus der Liquidität Investitionen in Höhe von weiteren zehn Mio. Euro. Zwar hat uns das Land Baden-Württemberg zugesagt, die tatsächlich anfallenden Kosten für die Unterkünfte zu übernehmen. Aber das wird insbesondere wegen der Abschreibungen auf Neu- und Umbauten erst in einigen Jahren vollständig der Fall sein. Auch bei den Gesundheitskosten warten wir noch auf die Umsetzung der Kostenübernahme. Die Gesundheitskarte ist zugesagt, ich hoffe, dass sie baldmöglichst umgesetzt wird. Was noch nicht geregelt ist, sind die Kosten für Verwaltung und Betreuung. Hier heißt es am Ball bleiben. Die Personalkosten im Bereich Asyl schlagen nämlich allein im kommenden Jahr mit rund drei Mio. Euro zusätzlich zu Buche. Nach meinem Dafürhalten ist hier die Rechtslage eindeutig: die Unterbringung der Flüchtlinge ist eine Aufgabe der Unteren Verwaltungsbehörde und damit des staatlichen Teils des Landratsamtes. Also haben wir auch Anspruch auf vollen Kostenersatz!

Auch wenn, meine Damen und Herren, das Flüchtlingsthema extrem im Vordergrund steht, dürfen wir unsere anderen Aufgaben nicht vergessen. Und das tun wir natürlich auch nicht. Auch 2016 ist der Teilhaushalt Soziales wieder der größte Brocken im Haushalt. Bei einem Haushaltsvolumen im Ergebnishaushalt von 295,6 Mio Euro umfasst der Sozialhaushalt 157,8 Mio. Euro und damit 53,4 %. Innerhalb des Sozialhaushalts hat sich ebenfalls wenig verändert: die Eingliederungshilfe für behinderte Mitmenschen kostet uns 47,3 Mio. Euro. Das sind trotz gestiegener Fallzahlen gerade einmal 400.000 Euro mehr als im laufenden

Jahr. Hier ist mahrend Richtung Berlin zu schauen. Die große Koalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung die Entlastung der Träger der Eingliederungshilfe für Behinderte zugesagt. Die Rede war davon, dass der Bund jährlich fünf Milliarden Euro dafür zur Verfügung stellt. Das entsprechende Bundesteilhabegesetz ist zwar auf den Weg gebracht, aber der Gesetzgebungsprozess stockt. Über die unterschiedlichen Zuständigkeiten in den 16 Bundesländern habe ich wiederholt berichtet. Ich hoffe, dass wir im kommenden Jahr ein Stück weiter kommen. Die erhoffte Entlastung in diesem Bereich tritt leider 2016 noch nicht ein. Das ändert aber nichts daran, dass wir uns mit einer deutlichen Zunahme der Zahl von Menschen mit Behinderungen konfrontiert sehen. Wir brauchen deshalb auch in diesem Bereich zusätzliche Mitarbeiter, um die Aufgaben bewältigen zu können.

Damit bin ich beim Thema Personal. Wenn ich eingangs gesagt habe, dass im nächsten Jahr alles anders ist, dann trifft das auch auf den Stellenplan zu. Wir muten dem Kreistag hier einiges zu. Natürlich ist der allergrößte der Teil der Stellenmehrungen auf die Betreuung der Flüchtlinge zurückzuführen. Hier habe ich ja nach wie vor die Hoffnung und Erwartung, dass wir die Kosten vom Land erstattet bekommen. Die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer stellt uns vor neue Herausforderungen. Diese jungen Menschen brauchen eine besonders intensive Begleitung, was ebenfalls zu Stellenmehrungen führt. Auch die schon erwähnte Eingliederungshilfe braucht zusätzliches Personal. Gott sei Dank ist ein nicht unerheblicher Teil der von uns beantragten Stellenmehrungen gegenfinanziert, sei es durch Kostentragung von Land und Bund.

Es gibt auch zusätzliche Stellen, die wir durch eigene Einnahmen gegenfinanzieren. So sieht etwa der Stellenplan vor, dass wir weitere Geschwindigkeitsüberwachungen im Landkreis durchführen. Das ist eine Folge der im Bodenseekreis ziemlich flächendeckend angeordneten innerörtlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h. Wir wissen alle, dass Verkehrsschilder geduldig sind und die Anordnungen nur dann wirklich befolgt werden, wenn sie auch überwacht werden. Uns liegen deshalb eine ganze Reihe von Anträgen der Städte und Gemeinden im Landkreis vor auf zusätzliche Überwachungsstellen. Wir sind derzeit in der Feinabstimmung, nicht jeder Antrag wird genehmigt werden können. Aber eines ist ziemlich sicher: der Aufwand, den hier der Landkreis treiben muss, wird durch die zu erwartenden Einnahmen gegenfinanziert werden.

Ein besonders Anliegen ist es mir, den Service, den wir den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises bieten, weiter zu verbessern. Der Bodenseekreis war die landesweit erste Verwaltung in Baden-Württemberg, die die Telefonservice-Nummer 115 eingeführt hat. Wir haben durch den erweiterten Bürgerservice im Gebäude Glärnischstraße weitere Verbesserungen erzielt. Aber wir sind noch lange nicht dort, wo wir hinwollen. Es gibt noch viel zu viele Anrufer, die entnervt aufgeben, weil sie in der Warteschleife hängen bleiben. Das hat uns erst die neue Technik gezeigt, die wir im Telefonbereich einsetzen und durch die wir die sogenannte „Abwurfquote“ feststellen können, also Anrufe, die nicht beantwortet werden. Hier müssen wir nachsteuern, und das geht nur mit zusätzlichen Kräften.

Unter dem Strich steigen die Personalausgaben mit all diesen Maßnahmen um 5,6 Mio. Euro. Das ist ein Kraftakt und wir werden, wenn die Flüchtlingsproblematik wieder nachlässt, hier auch wieder zurückfahren. Trotz dieser bemerkenswerten Zahl darf ich Ihnen aber versichern, dass wir intern sehr genau geprüft haben, was wirklich notwendig ist und was eher unter die Rubrik „nice to have“ fällt. Beantragt haben wir nur, was wir wirklich brauchen.

Lassen Sie mich nun noch einen Blick auf die geplanten Investitionen werfen. Auch hier ist einiges anders als in den Vorjahren. Im Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen gibt es keine Haushaltsreste mehr. War es bisher so, dass wenn eine Maßnahme, die im Vorjahr im Haushalt finanziert aber noch nicht umgesetzt worden ist, dann die finanziellen Mittel aufs folgende Haushaltsjahr übertragen werden konnten, dann geht das jetzt nicht mehr. Zumindest die Kreisrätinnen und Kreisräte, denen Haushaltsreste schon immer ein Dorn im Auge waren, werden damit sicherlich zufrieden sein. Aber alles hat eben auch zwei Seiten. Wir müssen jetzt sämtliche Investitionen neu ansetzen, also auch solche, deren Ver-

wirklich haushaltstechnisch beschlossen war und die eigentlich bereits finanziert waren. Dadurch wächst das Investitionsvolumen im kommenden Haushalt auf rund 26,2 Mio. Euro.

Schulen und Straßen nehmen hier wieder eine besondere Rolle ein. Bei den Schulen stehen in diesem Jahr vor allem die Erneuerung der Datenvernetzung und einige Sanierungsmaßnahmen an. Zusammen ergibt das immerhin einen Betrag von rund vier Mio. Euro. Dabei kommen so ziemlich alle zu ihrem Recht, vom Berufsschulzentrum Überlingen bis zur Elektronikschule in Tettnang und vom Bildungszentrum und der Pestalozzischule in Markdorf bis zur Hotel- und Gaststättenschule, von deren Leistungsfähigkeit sich kürzlich der Ausschuss für Umwelt und Technik ein Bild machen konnte. Besonders erwähnen möchte ich die Investitionen in die „Lernfabrik 4.0“, die in mit einem Betrag von zwei Mio. Euro in sanierten Klassenräumen der Elektronikschule in Tettnang eingerichtet werden soll und außerdem noch neue Labortechnik in Höhe von 800.000 Euro erfordert.

Bei den Straßen gibt es große Brocken zu verarbeiten. Neben den laufenden Unterhaltungsmaßnahmen im Bereich von Brücken und Belägen ragen vor allem die Investitionen für die Südumfahrung Meckenbeuren-Kehlen mit 5,8 Mio. Euro und die Affenbergstraße von Oberuhldingen bis Mendlishausen einschließlich Radweg mit 2,5 Mio. Euro heraus. Apropos Radweg: mit dem neuen Radwegeplan und den Förderrichtlinien, die dieses Gremium ja ganz aktuell beschäftigen, werden wir dem Radwegbau neuen Schub verleihen. Es ging ja einige Zeit, bis die Landesförderung neu geordnet war, aber jetzt ist das soweit und wir werden hier neue Zeichen setzen.

Auch bei weiteren Straßenbauten geht es voran: der Gerichtstermin für die Umfahrung Markdorf steht endlich fest, im kommenden Januar ist es soweit. Und die Planung für die Umfahrung von Friedrichshafen-Schnetzenhausen läuft weiter. Ich weiß, dass es hier manchem nicht schnell genug geht. Aber wir arbeiten die Straßen Stück für Stück so ab, wie das der Kreistag beschlossen hat. Und da das Land mit der geplanten Biotopvernetzung im Bereich zwischen unserem Entsorgungszentrum Weiherberg und dem Hepbach-Leimbacher Ried neue Akzente setzt, muss dieser neue Umstand eben auch neu bei der Planung berücksichtigt werden. Ich bin übrigens gespannt, welche Auswirkungen die Planungen des Landes auf die Mediation in Kluffern mit sich bringen werden.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Fertigstellung der Erddeponie Füllenwaid in Überlingen. Wenn man die Landesstraße von Lippertsreute nach Überlingen befährt, kann man das kleine Festungsbauwerk, das dort entstanden ist, bewundern. Die restlichen Investitionen schlagen mit 3,3 Mio. Euro zu Buche.

Lassen Sie mich nun noch ein paar Ausführungen zur Finanzlage des Landkreises machen. Hier darf ich nicht wirklich laut jammern: Wenn ich mal auf die alte Welt der Kameralistik zurückblicke, dann stehen einem aktuellen Schuldenstand zum Jahresende 2015 in Höhe von rund 29 Mio. Euro Rücklagen in Höhe von ca. 27 Mio. Euro gegenüber. Und das Ziel, endlich unter die Durchschnittverschuldung der Landkreise in Baden-Württemberg zu kommen, werden wir im kommenden Jahr erreichen. Leider ist das aber kein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen: die nächsten Jahre stellen uns vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Zu nennen sind die Sanierung des Bildungszentrums in Markdorf, die Straßenbauten in Kehlen, Markdorf, Schnetzenhausen und - so hoffe ich zumindest – in Kluffern. Und dann natürlich das Landratsamt. Ich hoffe sehr, dass wir bald unsere Parkplatzproblematik lösen können. Wir sind hier mit der Stadt Friedrichshafen in enger Abstimmung. Im nächsten Jahr möchte ich Klarheit haben, wohin die Reise mit den Gebäuden des Landratsamtes geht. Wir rücken derzeit überall kräftig zusammen. Aber irgendwo müssen unsere neuen Kolleginnen und Kollegen auch Platz haben. Wenn wir eine effektive Verwaltung wollen, dann müssen wir auch entsprechende Arbeitsbedingungen schaffen. Hier besteht Handlungsbedarf.

Das alles wird sicherlich zu intensiven Finanzdiskussionen in den Folgejahren führen. Zurück zum kommenden Jahr: Wir legen Ihnen mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2016 einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vor. Der Entwurf enthält keine Neuverschuldung, im Ge-

genteil, wir reduzieren die Schulden planmäßig um 2,5 Mio. Euro. Die Kreisumlage bleibt stabil, auch wenn das auf den ersten Blick anders aussieht. Wir schlagen Ihnen heute einen Nachtragshaushaltsplan für 2015 vor mit einer Kreisumlagensenkung in Höhe von acht Mio. Euro. Normalerweise hätten wir diesen Betrag als Jahresüberschuss in die Rücklage genommen und den Haushalt 2016 aus der Rücklage ausgeglichen. Aber in der neuen Welt der Doppik gibt es eben nicht nur keine Haushaltsreste mehr, sondern auch keine Rücklage. Damit wir den Haushalt 2016 ausgleichen können, brauchen wir aber diese acht Mio. Euro, die wir mit dem Nachtrag 2015 den Gemeinden zurückgeben. Also erhöhen wir die Kreisumlage für das kommende Jahr so, dass wir die acht Mio. wieder in der Kasse haben. Aufgrund der unterschiedlichen Steuerkraftsummen der beiden Jahre heißt das konkret: Kreisumlagensenkung 2015 um drei Prozentpunkte, Kreisumlagerhöhung für 2016 um 2,9 Prozentpunkte. Beides entspricht aber dem Betrag von acht Mio. Euro. Würden wir das nicht machen, müssten wir die Kreisumlage 2016 erhöhen, ohne das Geld vorher an die Gemeinden zurückzuzahlen. Das wäre also für die 23 Städte und Gemeinden im Bodenseekreis deutlich teurer. Ich glaube, dass das wirklich eine faire Lösung für alle Beteiligten ist. Danke an dieser Stelle an die Arbeitsgruppe in der Kämmererei um Herrn Hermanns, Herrn Männle, Frau Härtel und Frau Schwarzkopf, die auf diese Lösung gekommen ist.

Übrigens können wir Ihnen diesen Haushalt zumindest im Ergebnisteil ausgeglichen vorlegen, obwohl wir einiges an Mindereinnahmen zu verkraften haben. So fehlen uns im Vergleich zu 2015 fast neun Mio. Euro an Zuführungsrate, die wir im letzten Jahr ausgewiesen haben. Die gibt's nämlich in der Doppik auch nicht mehr. Und wir können nicht noch einmal einen tiefen Griff in den Topf des Bodenseefonds tätigen, auf diese Weise haben wir 2015 immerhin 1,5 Mio. Euro an Einnahmen generiert. Und schließlich sind die Schlüsselzuweisungen des Landes um eine Mio. Euro niedriger als im laufenden Jahr.

Leider werden die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke im kommenden Jahr kein Geld an die Mitgliedslandkreise ausschütten können. Die Hintergründe sind klar: die Energiewende kostet die EnBW richtig viel Geld. Die Dividende des Unternehmens, die an die Eigentümer ausgeschüttet wird, reicht den OEW gerade so einigermaßen aus, um Zins und Tilgung für die laufenden Darlehen zu erbringen. Da bleibt kein Geld mehr für die Landkreise übrig. Diese Situation ist zwar nicht neu: vor 2000 war eine Ausschüttung an die Landkreise eher die Ausnahme. Aber das tut trotzdem weh, wenn man bedenkt, dass wir in Spitzenzeiten über zehn Mio. Euro hier einnehmen konnten. Trotzdem bin ich zuversichtlich. Letzte Woche wurden die Quartalszahlen von der EnBW bekannt. Und während die Konkurrenz weiter nördlich Milliardenverluste zu beklagen hat, kann die EnBW im operativen Geschäft immerhin ein dreistelliges Millionenergebnis im Plus vermelden. Die EnBW hat sich ganz offensichtlich deutlich früher als andere große Energieversorger in Deutschland auf die Energiewende eingestellt. Der erst kürzlich in Betrieb gegangene Offshore-Windpark Baltic 2 trägt schon ordentlich zu einem passablen Ergebnis bei. Und weitere Investitionen in die Erneuerbaren Energien sind geplant. Wir werden aber sicher noch einige Zeit warten müssen, bis die Dividende der EnBW ausreicht, damit die OEW auch wieder Geld an die Landkreise ausschütten können.

Ein Thema will ich in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, nämlich das Thema Rückstellungen für die Atomkraftwerke. Ich bin sehr froh, dass der vom Bundeswirtschaftsminister in Auftrag gegebene sogenannte Stresstest ergeben hat, dass die Kostenannahmen der Atomkraftwerkbetreiber realistisch und die dafür gebildeten Rücklagen ausreichend sind. Diese theoretische Prüfung deckt sich übrigens mit den praktischen Erfahrungen der EnBW beim Rückbau des Kernkraftwerkes in Obrigheim, der ja schon recht weit fortgeschritten ist: die Rücklagen sind realistisch berechnet. Trotzdem verfolgen wir sehr aufmerksam die aktuelle Diskussion auf Bundesebene um das Nachhaftungsgesetz. Es wäre paradox, wenn durch eine Gesetzesformulierung zumindest eine theoretische Haftung der öffentlichen Anteilseigner der EnBW, also Land und OEW, zum Tragen kommen würde. Gerade das soll ja das Nachhaftungsgesetz vermeiden. Wir sind dran, um die „große Politik“ auf dieses Thema hinzuweisen.

Es wäre noch vieles zu sagen zum Haushalt 2016, etwa, dass wir von einer Rekordernahme bei der Grunderwerbsteuer ausgehen, dass wir - natürlich – wie seit 2010 keine Kassenkredite vorsehen, dass die Steuerkraftsumme unserer Städte und Gemeinden erstmals den Stand von vor 2010 und damit vor der Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht hat, aber ich will's damit bewenden lassen.

Mein Dank gilt allen, die an diesem Zahlenwerk mitgewirkt haben, und das ist natürlich nicht nur die Kämmerei. Wenn ich Ihnen sage, dass wir in den ersten Entwürfen nach der Sommerpause noch einen ordentlichen zweistelligen Millionenbetrag als Fehlsumme hatten, können Sie sich vorstellen, dass alle Ämter und Dezernate noch ordentlich abspecken mussten. Das ist in vielen Gesprächen und Berechnungen erfolgt. Deshalb gilt mein Dank dem gesamten Haus. Aber besonders hervorzuheben ist natürlich die Kämmerei, die nicht nur alles zusammentragen musste und wie jedes Jahr die undankbare Aufgabe des mahnenden Sparkommissars hatte, sondern die in diesem Jahr die besondere Herausforderung der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik zu meistern hatte. Und ich glaube sagen zu dürfen: das haben die Kolleginnen und Kollegen glänzend geschafft. Herzlichen Dank dafür – und Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Friedrichshafen, 17. November 2015

Lothar Wölfle

Landrat